

## Halbierung des KfW-Gebäudesanierungsprogramms für 2011 geplant

Die Bundesregierung wird die KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramme weiter deutlich reduzieren. Bereits für 2010 wurden die Mittel um rund 700 Millionen gegenüber 2009 gekürzt. Für 2011 sollen nun nur noch 450 Millionen Euro zur Verfügung stehen, wie das Bauministerium in einer Sitzung des Bauausschusses des Bundestages am 9. Juni mitteilte.

Die Reduzierung des KfW-Fördervolumens liegt mit den Maßnahmen der letzten Wochen auf einer Linie. So wurde das Marktanzreizprogramm für erneuerbare Energien (MAP) mit einer Haushaltssperre belegt und das Mini-KWK-Förderprogramm komplett eingestellt.

Die vielfache Kritik an diesen Sparmaßnahmen zielt vor allem auf die Kurzsichtigkeit des Handelns der Bundesregierung. „Wer das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm zusammenstreicht verhindert die dringend notwendigen energetischen Modernisierungen, so dass die Heizkosten weiter steigen und die CO<sub>2</sub>-Emissionen unverändert hoch bleiben.“ betonte Franz Georg Rips Präsident des Deutschen Mieterbundes.

„Politische Ziele bei Klimaschutz und Wirtschaftswachstum werden konterkariert“ kritisiert der Präsident des BFW Bundesverbandes freier Wohnungsunternehmen Walter Rasch. So wird von allen relevanten Akteuren betont, dass die Förderprogramme Investitionen in vielfacher Höhe der eingesetzten Fördermittel auslösen. „Gerade die Förderung der energetischen Gebäudesanierung hat einen besonders hohen Multiplikatoreffekt: Allein im letzten Jahr hat hier ein Euro öffentliche Förderung rund 9 Euro an Investitionen bewirkt.“ Heißt es in einer Presseerklärung des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen.

Damit rechnen sich die Förderprogramme für den Bund bereits über die erzielten Mehrwertsteuereinnahmen. Weiterhin wird kritisiert, dass eine kurzfristige Kürzungspolitik sozialpolitisch unverantwortbar und konjunkturpolitisch kontraproduktiv sei. Die Wirkungen der Förderpolitik reichen somit weit über den ökologischen Bereich hinaus. Der GdW-Präsident Lutz Freitag kommt zu der Einschätzung: „Ramsauers Kürzungspläne haben verheerende Auswirkungen auf die künftige Qualität des Wohnens sowie auf Deutschlands Städte“.

## Förderstopp führt zu Einbruch im Solarthermiemarkt

Durch den im April von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verhängten Förderstopp für die erneuerbaren Energien im Wärmemarkt ist der Markt für Solarwärmeanlagen um ein Drittel eingebrochen.

Das gaben der Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik (BDH) und der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) bekannt. Allein im Mai sei die Nachfrage durch das Einfrieren der Fördermittel für das Marktanzreizprogramm (MAP) um 33 Prozent eingebrochen. Hunderte Solarwärme-Unternehmen seien existenziell bedroht, ebenso Unternehmen für Wärmepumpen und Holzzentralheizungskessel. Nach Einschätzung der beiden Verbände entstehe der Erneuerbare-Energien-Wärmebranche in jedem Monat mit Förderstopp ein Schaden von mindestens 100 Mio. Euro. Sie forderten den Bundesfinanzminister auf, der Freigabe der zurückbehaltenen 115 Mio. Euro Haushaltsmittel zuzustimmen.

Auch die Ziele der Europäischen Union und der Bundesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien im Wärmemarkt bis 2020 zu verdoppeln, rückten sonst in weite Ferne.

Die Originalmeldung

## Mindereinnahmen des Fiskus durch Förderstopp für Ökoheizungen

Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo) im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien entgehen dem Fiskus durch den Förderstopp im Marktanzreizprogramm für erneuerbare Heizungsanlagen in diesem Jahr Steuereinnahmen in Millionenhöhe. Sie übertreffen deutlich die gesperrte Fördersumme von 115 Mio. Euro.

Das Institut hat auf Grundlage der Zahlen von 2009 ein durch die Förderung ausgelöstes Investitionsvolumen von 844 Mio. Euro angenommen. Bei den Berechnungen alle Stufen der Wertschöpfungskette betrachtet: die Fertigung von Anlagen und Komponenten, den Vertrieb, die Installation und die Wartung der Heizungstechnik.

Für das Maximalszenario wurde erstens unterstellt, dass 100 Prozent der Investitionen in regenerative Heizungen auf die Tatsache der Förderung zurückzuführen sind. Zweitens wurde zunächst davon ausgegangen, dass die gesamte Wertschöpfung also in Deutschland stattgefunden hat. Die entgangenen Steuer- und Sozialeinnahmen

würden sich dann auf insgesamt 588 Mio. Euro summieren. Auch bei konservativen Annahmen läge der Steuerverlust noch deutlich über der Fördersumme.

Zur ifo-Studie  
Zum Kurzgutachten Förderstopp  
Zur Originalmeldung

## **C40: Berlin plant Technologieplattform für CO2-Einsparung**

Das Land Berlin will die Climate Leadership Group, kurz: C40, noch stärker unterstützen als bisher. Umweltsenatorin Katrin Lompscher und Michael Geißler, Geschäftsführer der Berliner Energieagentur (BEA), kündigten dafür den Aufbau einer Internetplattform an, auf der wegweisende Projekte zur CO2-Emissionsminderung aus den Metropolen der Welt eingestellt werden sollen.

Sowohl Stadtverwaltungen als auch Unternehmen sollen das Portal, das zukünftig über die Adresse [www.berlin.de](http://www.berlin.de) zu finden sein soll, nutzen können. Für die Finanzierung werden zurzeit noch Unternehmen aus der Clean-Tech-Branche gesucht.

Zum Abschluss des C40-Workshop zogen Katrin Lompscher, der stellv. Bürgermeister von Addis Abeba, Kefyalew Azeze Melaku, sowie Hongkongs Umweltminister Edward Yau eine positive Bilanz des zweitägigen Treffens in Berlin. „In jeder Metropole gibt es andere Schwerpunkte und Herausforderungen, wie mit dem Klimawandel umzugehen ist. Beim einen ist es die Verkehrsproblematik, beim anderen die Energetische Modernisierung von Gebäuden oder die ungelöste Abfallproblematik, die zu hohen Kohlendioxidemissionen führt. Wir haben bei diesem Workshop interessante Projekte und Konzepte kennengelernt“, sagte Umweltsenatorin Lompscher.

Die geplante internetgestützte Datenbank soll dazu dienen, Lösungsansätze noch besser kommunizieren zu können und die Akteure weltweit zu vernetzen. Michael Geißler: „Dieses Projekt hat eine klimapolitische und eine wirtschaftspolitische Komponente. Es dient dazu, Investitionen in Effizienztechnologien und Erneuerbare Energien anzureizen, es führt Administrationen und Unternehmen zusammen und schafft in der Konsequenz Arbeitsplätze.“

Beim nächsten C40-Workshop in Hongkong im November soll das Thema Gebäudeeffizienz weiter vertieft werden.

## **Klimaschutzvereinbarung von Umweltsenatorin Lompscher und Zoovorstand unterzeichnet**

Die Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin, Katrin Lompscher, und die beiden Vorstände der Zoo Berlin AG, Gabriele Thöne und Dr. Bernhard Blaszkiewitz, für Tierpark und Zoo haben eine Klimaschutzvereinbarung unterzeichnet. Dies ist bereits die 11. Klimaschutzvereinbarung des Landes Berlin mit Unternehmen der Stadt.

Ziel dieser Vereinbarung ist es, die mit dem Energieeinsatz (Strom, Wärme, Kälte) verbundenen CO2 -Emissionen bis zum Jahr 2015 um insgesamt mindestens 18 Prozent zu senken. „Mit der eingesparten Energie können etwa 500 Berliner Haushalte mit Wärme versorgt werden“, so Senatorin Katrin Lompscher. Ab 2015 soll dann eine kontinuierliche jährliche Einsparung von 3 Prozent erzielt werden.

Es existieren Videointerviews zum Thema [vme-aktuell.de](http://vme-aktuell.de) -> Nachrichten -> Berlin unterzeichnet Klimaschutzvereinbarung mit Berliner Zoo

Die Vertragspartner verpflichten sich, auf einen wirtschaftlichen und ökologisch verträglichen sowie möglichst sparsamen Energieeinsatz hinzuwirken. Regenerative Energien sollen im Gebäudebestand intensiver genutzt werden. Gleichzeitig sollen vorhandene Energieeinspar- und CO2 -Minderungspotentiale mit angemessenen Mitteln erschlossen werden. Gabriele Thöne: „Wir bekennen uns zur Ausrichtung unserer Unternehmenspolitik auf Nachhaltigkeit. Der sparsame Einsatz von Energie entspricht nicht nur betriebswirtschaftlicher Vernunft, sondern ist aufgrund unserer satzungsmäßigen Aufgaben eine logische Notwendigkeit.“

Dazu sind für den Tierpark und den Zoo in der Klimaschutzvereinbarung eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen. So soll für den Tierpark, der von einem zentralen Kesselhaus mit Wärme versorgt wird, noch in diesem Jahr ein Energiekonzept erarbeitet werden. Großes Energieeinsparpotential gibt es im Alfred-Brehm-Haus, bei dem unter anderem die Dachflächen und die Stahl-Glas-Konstruktionen energetisch saniert werden sollen. Auch die Lüftungs- und Heizungstechnik ist erneuerungsbedürftig. Zur Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen in dem Haus sollen Mittel aus dem Umweltentlastungsprogramm und Lottomittel eingesetzt werden. Das Dach des Elefantenhauses soll bis 2013 saniert werden, der Einbau einer Photovoltaikanlage ist geplant.

Beim Zoo ist vor allem das Aquarium mit seinem hohen Energieverbrauch von energetischer Bedeutung. Daher ist vorgesehen, hier eine Energieoptimierung zeitnah umzusetzen.

Bei der Entwicklung von Energiekonzepten und Energiesparpartnerschaften wird die Senatsumweltverwaltung den Tierpark und den Zoo unterstützen. Dazu gehört Hilfe bei der Akquirierung von Fördermitteln der EU und des Landes Berlin.

## Neue Broschüre stellt Berliner Klimaschutzprojekte vor

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz in Berlin stellt in einer neuen Broschüre die Vorzeigeprojekte der Hauptstadt in Sachen Klimaschutz vor.

In der neuen Broschüre mit dem Titel „Klimaschutz - Gute Projekte aus Berlin“ werden sowohl beispielhafte Bauprojekte und Wohnkonzepte als auch innovative Techniken und Energiekonzepte präsentiert. Zudem werden richtungweisende Ideen vorgestellt, die in öffentlichen Einrichtungen oder Industrie und Gewerbe dazu beitragen, Energie zu sparen und CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden.

Neben zahlreichen Bildern und Grafiken wird auch stets auf die verantwortlichen Bauherren, Architekten und Planer hingewiesen. Angaben zu erzielten Energieeinsparungen runden das Gesamtbild ab.

Darüber hinaus enthält die Broschüre umfassende Informationen zu den Siegerprojekten des Wettbewerbs „KlimaSchutzPartner 2010“ zu denen u.a. die Sanierung des Großen Tropenhauses der Freien Universität Berlins gehört.

Die Broschüre ist in Deutsch und Englisch verfasst. Sie kann kostenfrei per E-Mail an [info@berliner-impulse.de](mailto:info@berliner-impulse.de) bestellt werden und ist auch online als PDF abrufbar.

## Klimaschutz für Berlins Zukunft – GASAG startet Zukunftswettbewerb

Klimaschutz braucht Engagement. Deshalb sucht die GASAG im Rahmen eines Zukunftswettbewerbes innovative Berliner Klimaschutz-Projekte und zeichnet besonderes Engagement im Bereich Energiesparen und Umweltschutz mit Prämien im Gesamtwert von 15.000 Euro aus. Bereits 2007 initiierte die GASAG ihr Klimaschutzprogramm

unter dem Namen „Berlin verpflichtet – dezentrale Energieversorgung als Chance“. In diesem Programm hat sich das Unternehmen zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit Partnern, bis zum Jahr 2015 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Berlin um jährlich mehr als eine Million Tonnen zu verringern. Das Programm „Berlin verpflichtet“ will auf der Basis einer dezentralen Energieversorgung insbesondere regenerative und energieeffiziente Technologien fördern.

Um den Innovationsaktivitäten im Bereich Energiesparen und Umweltschutz in Zusammenhang mit modernen Erdgastechnologien in Berlin einen weiteren Schub zu geben, startet die GASAG am 27. April 2010 einen Zukunftswettbewerb. Das Unternehmen sucht innovative Projekte aus den Bereichen „Architektur und Klima“, „Handwerk und Umwelt“ und „Bildung und Innovation“.

Bewerben können sich:

- Berliner Bauherren, Architekten und Planer; mit neu errichteten oder modernisierten Objekten, die mit innovativer Erdgas-Technologie ausgestattet sind. („Architektur & Klima“)
- Handwerker mit individuellen Ideen zur Absatzförderung von effizienten Umwelt- und Klimaschonenden Erdgas-Technologien („Handwerk & Umwelt“).
- Studierende und Auszubildende, die sich konzeptionell mit dem Thema Umwelt- und Klimaschutz beschäftigen („Bildung & Innovation“).

Die Bewerbungen für den Wettbewerb können bis zum 26. Juli 2010 an [zukunftswettbewerb@gasag.de](mailto:zukunftswettbewerb@gasag.de) oder GASAG-Marketing, Reichpietschufer 60 in 10785 Berlin gesendet werden. Eine Fachjury bestehend aus Vertretern der Berliner Universitäten, der Architekten- und Handwerkskammern, der SHK-Innung, der Berliner Energieagentur sowie Marketingagenturen, Verlagen und der GASAG beurteilt die eingereichten Vorschläge und ermittelt die Gewinner. Die Preisverleihung findet am 25. September 2010 in der O2 World statt.

Weitere Informationen zu Wettbewerb und Teilnahmebedingungen unter [www.gasag-zukunftswettbewerb.de](http://www.gasag-zukunftswettbewerb.de)